

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT: „CHANCE ODER BEDROHUNG FÜR EINE GUTE PROFESSIONELLE ARBEIT“?

Heiner Keupp

Vortrag bei dem DJI-Fachforum „Bildung und Erziehung“ am 04.12.2006 in München

Ich möchte Sie dazu einladen, mit mir eines meiner „Patenkinder“ zu besuchen. Es wohnt in Salzgitter und ist jetzt schon über 30 Jahre alt. Es heißt Mütterzentrum und meine Patenschaft ist eher jüngeren Datums, ich wurde als „Expo“-Pate ausgewählt, denn es hat aus Expomitteln und aus solchen des SOS-Kinderdorf-Trägervereins die Möglichkeit bekommen, ein wunderbares neues Gebäude zu erstellen. In diesem Haus gibt es einen Bereich für die ganz Kleinen, für die Kindergartenkinder und für Ältere bis hin zu Pflegebedürftigen, die im Obergeschoss des Hauses betreut werden. Im Erdgeschossbereich gibt es ein Café- und Restaurantbetrieb, in dem vor allem mittags für alle ein Mittagstisch angeboten wird. Auch viele ältere Bürgerinnen und Bürger aus Salzgitter kommen hierher zum Mittagessen oder werden hierher gebracht. „Essen auf Rädern“ mal ganz anders! In dem Haus gibt es kleine Läden, in denen Frauen einen Friseurbetrieb und andere Einkaufsmöglichkeiten anbieten. Der Friseurbereich ist so angelegt, dass die Räume der Pflegebedürftigen im Blickfeld sind. So kann eine alte Dame oder ein alter Herr ein Bad nehmen, ohne dass permanent jemand dafür eingeteilt werden muss. In diesem Haus laufen Qualifizierungsprogramme für junge Frauen, die von ihren Bildungsabschlüssen her, schlechte Arbeitsmarktchancen haben. Wenn Sie jetzt wissen wollen, wie viele Hauptamtliche diesen Betrieb am Laufen halten, dann werden Sie überrascht sein, dass das ganz wenige sind. Die Frauen (und auch Männer), die in diesem Familienzentrum tätig sind, haben nur zum geringeren Teil eine entsprechend zertifizierte Ausbildung gemacht. Es wird sehr schnell erkennbar, dass in diesem Haus eine ganz und gar ungewöhnliche Mischung von Selbsthilfe, Bürgerengagement und professioneller Kompetenz gefunden wurde und gelebt wird. Hildegard Schooß die Gründerin dieses Zentrums hat mich anfangs mit der Aussage provoziert, dass sie und ihre MitstreiterInnen eine bessere integrierte kommunale Sozialarbeit „aus einem Guss“ anbieten könnten, als wir das mit unseren hoch differenzierten und spezialisierten professionellen Diensten könnten und außerdem seien wir auch noch viel teurer. Das konnte ich so nicht akzeptieren, es schien mir eine Aussage in Richtung Lohndumping tariflich abgesi-

cherter Erwerbsarbeit zu sein und ich kam mit einer Fachtagung zur Gemeindepopsychologie nach Salzgitter. Wir haben einen ganz wichtigen Lernprozess dort machen können und seither denke ich sehr viel selbstkritischer über unser Wohlfahrtssystem nach. Das Mütterzentrum Salzgitter ist übrigens das „Best-practice“-Beispiel, das das Programm der „Mehrgenerationenhäuser“ in Niedersachsen und jetzt auch auf der Bundesebene angeschoben hat.

Mit diesem Beispiel möchte ich meinen gedanklichen Vorstoß vorbereiten, der bewusst machen soll, dass der Grundriss unseres Wohlfahrtstaates nicht als gottgegeben zu betrachten ist, sondern immer wieder zu überprüfen und weiterzuentwickeln ist. Bei der aktuell notwendigen Weiterentwicklung ist vor allem eine zivilgesellschaftliche Perspektive einzubeziehen.

Soziale Arbeit ist kein abstraktes Projekt, das unter allen denkbaren gesellschaftlichen Bedingungen nach dem immer gleichen Muster ablaufen könnte. Genau das Gegenteil ist der Fall: Will soziale Arbeit ihrem Anspruch gerecht werden, muss sie mit ihren Zielen und Methoden ihrem „Gegenstand“ gerecht werden. Soziale Arbeit will Menschen bei ihren Versuchen unterstützen, die Anforderungen produktiv zu bewältigen, die ihre spezifische Lebenslage setzt. Wer wollte bestreiten, dass die Umsetzung eines solchen Zieles in der Mitte des 19. Jahrhunderts etwas anderes bedeutete, als heute am Beginn des 21. Jahrhunderts. In der Frühphase der Industrialisierung waren Ausbeutung und Verelendung der Menschen und ein vollständiges Fehlen sozialer Sicherungssysteme bestimmend und soziale Arbeit war ein Versuch, die größte Not von Menschen aufzufangen. Hier haben alle Wohlfahrtsverbände ihren Ursprung. In einer Mischung von Selbst- und Fremdhilfe sind hier Auffangnetze entstanden, die dann im Gefolge der Etablierung von gesetzlich verankerten sozialen Sicherungssystemen und angeleitet durch das Subsidiaritätsprinzip ein stabiles Netz sozialer Hilfen für Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen entwickelt haben. Über eineinhalb Jahrhunderte hinweg haben sich institutionelle Muster der Wohlfahrtsproduktion herausgebildet. Wie alle Institutionen entwickeln sie ihre eigene Bestands- oder Beharrungslogik, ihre eigenen Mythen und Selbstverständlichkeiten.

Diese institutionellen Gestalten und Selbstverständlichkeiten stehen heute auf dem Prüfstand und das ist insofern nicht erstaunlich, weil das ganze Arsenal der Moderne heute auf dem Prüfstand steht: Die Erwerbsarbeitsgesellschaft, der Nationalstaat, unser Verhältnis zu Natur, das Geschlechterverhältnis und auch unsere Vorstellungen von gelungener Identität. Wir sind auf dem Weg in eine neue gesellschaftliche Epoche, in der sich dramatische Veränderungen ab-

zeichnen und wir aber noch zu nah dran sind, als dass wir diesen Epochenbruch schon kühl-analytisch präzise benennen könnten.

Hier möchte ich eine Einstiegsthese formulieren:

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Phase des dramatischen gesellschaftlichen Wandels, der mit Schlagworten wie Globalisierung, Pluralisierung und Individualisierung angedeutet ist. Dieser Wandel erfasst nicht nur den ökonomischen und politischen Bereich, sondern bedeutet – in den Worten von Manuel Castells einen „qualitativen Wandel in der menschlichen Erfahrung.“ Die Konsequenzen einer sich herausbildenden globalen Netzwerkgesellschaft „breiten sich über den gesamten Bereich der menschlichen Aktivität aus, und transformieren die Art, wie wir produzieren, konsumieren, managen, organisieren, leben und sterben“ (Castells). Und man könnte ergänzen: „wie wir Wohlfahrtsleistungen erzeugen“.

Der gesellschaftliche Modernisierungsschub, der vor allem seit den 70er Jahren den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, hat in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervorgebracht. Für viele neue Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z.B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten und in vielen Bereichen war das Vertrauen auf „das Bewährte“ erschüttert und gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des „demokratischen Experimentalismus“ – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als ‚soziale Experimentierbaustellen‘, als ‚emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse‘ deuten (Helbrecht-Jordan 1996, S. 107).

Familienselbsthilfe als soziale Experimentierbaustelle

Zunächst möchte ich aber noch etwas genauer auf den Bereich der Familienselbsthilfe blicken und danach will ich unsere geläufigen sozialpolitischen Basisannahmen überprüfen, die durch die Realität der Familienselbsthilfe zu befragen sind.

Ein eigenständiger Subbereich der Selbsthilfe bildet die Familienselbsthilfe. In den späten 60er und verstärkt in den 70er Jahren¹ sind eine Reihe von Nachbarschaftshilfen vor allem in den Einzugsbereichen der Großstädte entstanden. Ab 1980² begann dann die Gründungswelle von Mütterzentren. In einer ganz eigenwilligen Verknüpfung von Selbsthilfe und Dienstleistungsproduktion rund um die Bedürfnisse und Probleme vor allem von Familien mit kleinen Kindern sind hier kommunale Knotenpunkte entstanden, die teilweise innovative Integrationslösungen lokaler Sozialpolitik geschaffen haben (vgl. hierzu Helbrecht-Jordan 1996; Deutsches Jugendinstitut 1998; Rieken 2000). Der gesellschaftliche Stellenwert der Familienselbsthilfe ist noch unzureichend im öffentlichen und politischen Raum wahrgenommen (vgl. Dettling 2000). Man könnte ihn so umreißen:

1. Initiativen wie Nachbarschaftshilfen und Mütterzentren sind Ergebnis und Antwort auf die "Risikogesellschaft". Traditionelle Bindungen werden von einem sich beschleunigenden gesellschaftlichen Prozess immer mehr aufgegeben. Initiativen stellen eine neuartige Form der sozialen Vernetzung im Alltag dar. Sie sind nicht das einfach sozial immer schon Vorgefundene. Sie sind eine spezifische soziale Leistung, in die Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen eingehen. Hier ist nicht eine Gemeinschaft da, in die sich die einzelnen Subjekt integrieren müssen, sondern hier schaffen sich diese ihre Gemeinschaft nach ihren eigenen Vorstellungen und sie leben von den Wünschen nach Selbstverwirklichung.
2. In diesen neuen sozialen Netzwerken entstehen wichtige Quellen alltäglicher sozialer Unterstützung, die beim Umgang mit Krisen und Krankheiten, bei der praktischen Alltagsbewältigung und bei dem kontinuierlichen Prozess der Identitätsarbeit von zentraler Bedeutung sind. Gemeinsinn ist hier kein abstraktes kulturell-moralisch definiertes Projekt, sondern er realisiert sich in dem Gebrauchswert für einzelne. Wer in seiner Kommune etwas für die Gesundheitsförderung tun will, der investiere in solche Initiativen.
3. In solchen kommunitären Initiativen werden zugleich Dienstleistungen und Selbsthilfe erbracht. Beides hat Anspruch auf öffentliche Förderung. Gerade die alltägliche Beziehungsarbeit von Frauen, ist eine fundamentale Dienstleistungsarbeit in unserer Gesellschaft, die nicht länger als kos-

¹ Die erste Nachbarschaftshilfe wurde bereits im Jahre 1967 mit dem Sozialdienst Unterpfaffenhofen Germering gegründet, der dann in den 70er Jahren weitere folgten (vgl. Hald-Hübner 1997).

² Das erste deutsche Mütterzentrum wurde 1980 in Salzgitter gegründet und ist im Jahre 2000 EXPO-Projekt gewesen (ein eindrucksvolles Buch beschreibt die Arbeit in diesem Mütterzentrum und ordnet diese unter verschiedenen fachwissenschaftlichen Perspektiven ein: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. 2000).

tenlose Ressource betrachtet werden darf. Initiativen zur Förderung von Gemeinsinn dürfen nicht als aktueller Versuch missbraucht werden, erneut die Ressource Liebe anzupflegen.

4. Initiativen dürfen mit Funktionen und Erwartungen nicht überlastet werden. Sie sind vor allem völlig ungeeignet, ein billigeres soziales Netz zu bilden, das den Sozialstaat aus der Verantwortung frei ließe. Sie sollen aber ein Ferment bilden, das kommunale Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits- Wohnungs- und Kulturpolitik zunehmend mit der Idee der Selbstorganisation durchwirken soll.
5. In den kommunitären Projekten wird nicht nur für die unmittelbar beteiligten Personen solidarische Selbstsorge möglich, sondern hier sind die Werkstätten eines „demokratischen Experimentalismus“ (Brunkhorst 1998) entstanden, in denen zukunftsfähige Lösungen für eine sich dramatisch wandelnde Welt (vgl. Habermas 1998) erprobt werden und sich bewähren können. Hier wird im Sinne von Manuel Castells (1997) jene „Projekt-Identität“ entwickelt, die die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft nicht den Dynamiken eines nicht mehr fassbaren globalisierten Finanznetzwerkes überlässt, sondern ihr eine selbstbestimmte Gestaltungsform zumisst.
6. Die Projekte der Selbstorganisation wie Selbsthilfegruppen oder Projekte der Familienselbsthilfe stellen die etablierten Zuständigkeits-schneidungen zwischen Laien und Professionellen grundlegend in Frage. Notwendig ist ein kritisches Hinterfragen und eine Modifikation starrer berufsrechtlicher Zuständigkeiten. Fonds sollten für kommunitäre Projekte unabhängig von ihrem professionell-institutionellen Zuschnitt zugänglich sein. Entscheidungskriterium für die Vergabe öffentlicher Mittel sollte allein die Qualität der Dienstleistung sein.

DIE AMBIVALENTEN SEGnungen EINER HOCHPROFESSIONALISIERUNG IM SOZIALBEREICH

Phasen gesellschaftlicher Veränderung spüren wir vor allem dadurch, dass die bislang als selbstverständlich angesehene Ordnung ihre Selbstverständlichkeit zu verlieren droht. Der Grundriss unseres Denkens und Handelns, der uns die Illusion einer unverrückbaren natürlichen Ordnung ermöglicht hat, wird in Frage gestellt werden. In einer solchen Phase der Irritation befinden wir uns. Diese Verunsicherung stellt die Grundprämissen der hinter uns liegenden gesellschaftlichen Epoche grundlegend in Frage. Die Voraussetzung für den Entwurf von fachlichen Profilen in neuen Strukturen setzt voraus, bislang leitende Grundprämissen konsequent auf den Prüfstand der kritischen Reflexion zu stellen.

Zu den Grundprämissen sozialer Arbeit gehörte die Vorstellung, dass gute psychosoziale Hilfe- und Dienstleistungen eine möglichst hoch entwickelte Professionalität der Leistungen verlangt. Gegenüber einem Psychowildwuchs, der sich in den 70er und 80er Jahren entwickelte und der einen fragwürdigen Markt eröffnet hat, war die Formulierung hoher professioneller Standards sinnvoll und notwendig. Aber die Vorstellung, dass eine immer bessere Qualität als Resultat einer fortschreitenden und möglichst durchgängigen Professionalisierung von Hilfeleistungen zu erwarten ist, ist in den letzten Jahren vielfach in Frage gestellt worden:

1. Eine wachsende Selbsthilfebewegung hat ihren kritischen Ausgangspunkt in dem nicht eingelösten Versprechen der allumfassenden Wirksamkeit professioneller Lösungsangebote. Selbsthilfegruppen haben ihren Ausgangspunkt oft in Enttäuschungen, die NutzerInnen professioneller Dienstleistungen erleben und sie zeigen häufig, dass sie für sich selbst die besseren Lösungen in Selbstorganisation entwickeln können.
2. Professionelle Lösungen fördern häufig eine passive KonsumentInnenhaltung durch fertig geschnürte Hilfspakete und erzeugen damit ein System der „fürsorglichen Belagerung“. Die Folge ist eine „Enteignung“ von Problemlösungskompetenzen auf der Seite der Abnehmer dieser Fertigpakete.
3. Das professionelle System teilt mit allen komplexen institutionellen Geflechten ein hohes Maß an Eigenbezüglichkeit: Das Kompetenzgerangel der unterschiedlichen Anbieter, die Zuständigkeitskämpfe der Professionen und Träger verbraucht sehr viel mehr Ressourcen, als die Orientierung an den alltäglichen Problemlagen der potentiellen oder aktuellen NutzerInnen.
4. Unter den Vorzeichen knapper werdender öffentlicher Ressourcen ist das in der Prosperitätsphase häufig praktizierte Prinzip der Qualitätsverbesserung durch Ausweitung des Hilfesystems an seine Grenzen gestoßen. Die Beantwortung der Qualitätsfrage bleibt nicht mehr in der Souveränität der professionellen Anbieter selbst und ihrer wissenschaftlichen Unterstützersysteme, sondern wird an externe Kriterien gebunden, die meist betriebswirtschaftlich ausgelegt sind.

Mehr als hundert Jahre Sozialstaat haben sich in unseren Erwartungen an und Haltungen zur Sozialpolitik als Muster festgesetzt. Die *bestehende Sozialpolitik* wird von spezifischen Leitbildern und Menschenbildannahmen geprägt, die wie konditionierte Reflexe funktionieren. Sie müssen kritisch evaluiert werden: Sind sie für Strukturüberlegungen zu einer künftigen Sozialpolitik tauglich?

1. "Kinder in Not": Ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Menschen gegenüber, die unfähig sind, ihr eigenes Leben zu bewältigen, ist sozialstaatliche Hilfe erforderlich. Zugleich aber ist eine Haltung "fürsorglicher Belagerung" notwendig.
2. "Entstörung": Sozialpolitik hat die Funktion sozialer Kontrolle abzuwehren - den Verhaltens zu erfüllen. Unangemessene Verhaltensweisen/Persönlichkeitsstrukturen sind zu korrigieren oder zu therapieren bzw. veränderungsresistentes Störpotential ist so zu verwalten, dass es gesellschaftlich möglichst wenig Schaden anrichtet.
3. "Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen": Sozialpolitik wird wirksam, wenn sich Probleme manifestiert haben. Dieses "kurative Modell" konzentriert sich auf Kompensation/Reparatur von Krankheit, Behinderung, psychischen Störungen.
4. "Symptomträger ist immer das Individuum": Dienstleistungen staatlicher Sozialpolitik erfordern die Individualisierung der Probleme. Nur Notlagen, Symptome oder Leidenszustände, die eine einzelne Person geltend machen kann oder ihr zugerechnet werden können, sind sozialstaatlich bearbeitbar.
5. "In den Blick gerät nur, was eine Person" nicht kann. Sozialstaatliche Leistungen gehen immer von Defiziten und nicht von Ressourcen aus.

Eine alternative Herangehensweise an ein Zukunftsprojekt Sozialpolitik müsste stattdessen von jenen basalen Prozessen ausgehen, die mit der genaueren Analyse alltäglicher Lebens- und Krisenbewältigung ins Zentrum rücken. Eine zentrale Aufgabe von Sozialpolitik ist die Herstellung bzw. die Ermöglichung gesellschaftlicher Solidarität. Wenn dies konsensfähig ist, dann zielt die nächste Frage auf die sozialpsychologischen Bedingungen von Solidarität im Alltag, nennen wir es "Alltagssolidarität". Hiermit begeben wir uns auf die Ebene des alltäglichen Umgangs mit Krisen, Risiken, Krankheiten und Behinderungen und dem individuellen oder mikrosozialen Umgang mit diesen Problemlagen: Welche Ressourcen können aktiviert werden, um mit ihnen möglichst effektiv umgehen zu können? In der Erforschung dieser Prozesse ist die zentrale Bedeutung sozialer Netzwerke ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die Bewältigung von Problemlagen wird entscheidend von den sozialen Unterstützungsressourcen bestimmt, die aus dem jeweiligen Netzwerk mobilisiert werden können. Jede sinnvolle Gesundheitsförderung oder präventive Sozialpolitik muss deshalb auch Netzwerkförderung sein. Die heute relevanten Netzwerke sind in abnehmendem Maße die "traditionellen Ligaturen", also Familie, Verwandtschaft oder Nachbarschaft. Sie verlieren in dem tief greifen-

den Prozess an gesellschaftlicher Individualisierung an Gewicht. Bedeutsamer werden dagegen die "posttraditionalen Ligaturen" oder "Gemeinschaften". Darunter sind Selbsthilfegruppen, selbstorganisierte Initiativen, Freiwilligenagenturen etc. Sie stellen auch die "vermittelnden Strukturen" zwischen Alltag oder Lebenswelt und professionell-institutionellen Strukturen staatlicher Sozialpolitik dar.

Leitlinien künftiger Sozialpolitik sollten Ergebnis einer kritischen Evaluation jener Lernprozesse sein, die in der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte enthalten sind. Fiskalpolitische Überlegungen sind dabei notwendig, aber sie können eine inhaltliche Leitbildformulierung für eine zu entwickelnde "Wohlfahrtsgesellschaft" (Dettling 1995) nicht ersetzen. Das Leitbild einer "Wohlfahrtsgesellschaft" sollte einerseits von dem Grundbedürfnis der Menschen ausgehen, "Subjekt des eigenen Handelns zu sein" (so Helmut Klages in Körber-Stiftung 1993, S. 40), das in einer individualisierten Gesellschaft gewachsen ist; andererseits sollte das Prinzip kollektiver Sicherungssysteme zur Abpufferung gesellschaftlicher Existenzrisiken grundlegend bleiben. Aus der Verknüpfung dieser beiden Prinzipien folgt, dass auch die notwendigen sozialstaatlichen Leistungen neu gestaltet werden müssen. Sozialstaatliche Leistungen waren bislang individualisierte Kompensationsleistungen und sollten künftig vom Grundsatz der Ermöglichung und Förderung von Lebenssouveränität bestimmt sein.

Die jetzt auf dem Prüfstand stehende wohlfahrtsstaatliche Ordnung lässt sich – sehr vereinfacht – als eine Geschichte rekonstruieren, die im 19. Jahrhundert aus unterschiedlichen weltanschaulichen Strömungen Antworten auf die sozialen Notlagen der sich entwickelnde kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu geben versuchte. Diese Ordnung hat sich in Verbindung mit einer staatlichen Sozialpolitik zu einem System entwickelt, das sich als quasinatürliches Erwartungsmuster in den Köpfen der anbietenden und nutzenden Gruppen verankert. Aber es ist auch in den Jahrzehnten seiner Etablierung nicht sich selbst gleich geblieben. Es haben sich charakteristische Veränderungen vollzogen:

1. Der Staat hat Rahmenbedingungen eingezogen und immer wieder verändert. Hier ist ein System sozialer Rechte entstanden, die die NutzerInnen und Nutzer gestärkt haben. Aus Hilfeempfängern wurden BürgerInnen mit Rechten.
2. Eine zunehmende Professionalisierung sozialer Dienste hat zu einem hochdifferenzierten Dienstleistungssystem geführt, das zunehmend an die Stelle eines wertgebundenen Laienhandeln getreten ist.

3. Wohlfahrtsverbände sind zunächst zu parastaatlichen Organisationen geworden, die sich allerdings zunehmend als Marktanbieter verstehen und mit dieser Marktorientierung auch einem Prozess der „Verbetriebswirtschaftlichung“ unterworfen sind.
4. Die Milieus, aus denen sich soziales Engagement ergeben hat und von einer Generation an die nächste weitergegeben wurde, haben sich verändert und fallen teilweise als Rekrutierungsfelder für ehrenamtliches Handeln aus.
5. Die Marktorientierung und die teilweise Entfremdung vom eigenen Ursprungsmilieu haben bei den Wohlfahrtsverbänden zu einem widersprüchlichen Verhältnis zu zivilgesellschaftlichen Entwicklungen geführt (z.B. sind Selbsthilfeorganisationen, Nachbarschaftshilfen oder Mütterzentren gegenüber den hochprofessionalisierten Diensten weniger anerkannt worden).
6. Die Wohlfahrtsentwicklung ist deutlich abgebremst und teilweise verläuft sie im „Rückwärtsgang“, der einerseits die Entwicklung der Ökonomisierung verstärkt hat, andererseits besinnt man sich wieder auf die eigenen Wurzeln und entdeckt erneut das Ehrenamt.
7. Das klassische Ehrenamt lässt sich nicht reanimieren, sondern erweist sich in der Gestalt des bürgerschaftlichen Engagements als ein zivilgesellschaftliches Potential, das die Wohlfahrtsverbände herausfordert und von ihnen nur durch eine tief greifende innere Reform gebunden werden kann.
8. Das zivilgesellschaftliche Potential lebt von der Idee des „Citoyen“, der sich in die Gesellschaft einmischen will und von einem wertegeleiteten Handeln bestimmt ist. Er will sich vom „Bourgeois“ unterscheiden, der sich heute vor allem im neoliberalen Gewande präsentiert und ein damit verbundenes Menschenbild vertritt.
9. Eine zivilgesellschaftliche Perspektive wohlfahrtsstaatlichen Handelns braucht ein Menschenbild, das nicht von der ökonomischen Verwertbarkeit des Menschen ausgeht, sondern seiner bedingungslosen Würde und dem Respekt, den jedes menschliche Wesen daraus erwarten kann.

FÜR EINE DEMOKRATISCHE WOHLFAHRTSGESELLSCHAFT

Im komplizierten Geflecht des realexistierenden Wohlfahrtsstaates lassen sich idealtypisch fünf Grundmuster identifizieren, die selten in reiner Form vorkommen, sondern sich vielfältig mischen und in dieser Mixtur auch zu dem Eindruck eines schwer zugängigen Dschungels beitragen:

1. Das klassische *Paradigma der Fürsorglichkeit*, das auf die nackte Not verelendeter Menschengruppen reagiert und ihnen minimale Überlebenschancen sichert. Aus diesem Paradigma leiten sich karitative Organisationen bis heute ab. Es ist das Paradigma „Kinder in Not“.
2. Das *Paradigma soziale Gerechtigkeit und Solidarität*, das die Folgen materieller und sozialer Ungleichheit zu kompensieren und dadurch den sozialen Zusammenhalt zu sichern versucht.
3. Das moderne *Paradigma der Dienstleistungsproduktion*, das professionalisierte Angebote auf hohem Niveau anbietet, auf die Menschen mit ihren Sicherungssystemen Anspruchsrechte auf Serviceleistungen erworben haben.
4. Das *Kosten-Nutzen-Paradigma*, das wohlfahrtsstaatliche Leistungen als Managementaufgaben betrachtet, die möglichst effektiv und kostengünstig erbracht werden sollen und das zu einer Verbetriebswirtschaftlichung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen führt.
5. Das *zivilgesellschaftliche Paradigma* betont die sozialstaatliche Förderung der aktiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Sinne der Ermöglichung von „Verwirklichungschancen“ (Empowermentprinzip).

Keines dieser Paradigmen wird man heute vollkommen verabschieden müssen, sie brauchen sich wechselseitig und problematisch wird es, wenn sie sich jeweils mit einem Alleinvertretungsanspruch positionieren.

Auch für den Bereich der Sozialpolitik wird immer häufiger die Perspektive einer aktiven Bürgergesellschaft gefordert. Warnfried Dettling (1995, S. 21f.) etwa entwirft das Leitbild einer "*demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft*", die geprägt ist von der "Rekonstruktion des Sozialen durch eine aktive und kompetente Gesellschaft". Dazu bedarf es neuer Prioritätensetzungen:

Zum einen: "Der Staat sieht seine Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr primär darin, soziale Dienste und Leistungen zur Verfügung zu stellen, sondern die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. *Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren*".

Und zum anderen: "Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den *Ressourcen* (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und *nicht an ihren Defiziten*. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese

brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. *Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern*'. Genau hier knüpft die Empowerment-Perspektive an, die aus meiner Sicht am ehesten eine zivilgesellschaftliche Orientierung sozialer Arbeit begründen kann.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT ALS EMPOWERMENTPOTENTIAL

Die Debatte um eine Neujustierung unserer Sozialsysteme geht ans Eingemachte und insofern darf es uns auch nicht verwundern, dass sie von dramatischer Begleitmusik bestimmt wird. Es geht um so große Themen wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität. In den Diskussionen werden diese Begriffe allerdings sehr statisch gehandelt, als würden sie einen Berg bezeichnen, der allmählich abgetragen oder ausgehöhlt wurde. Ich frage mich, warum bei einem Begriff wie Solidarität nicht auch mal die Frage mitschwingt, ob es sich dabei nicht auch um einen nachwachsenden oder erneuerbaren „Rohstoff“ handeln könnte. Nur woher soll er kommen? Kann er durch moralische Appelle entstehen oder kann ihn Politik erzeugen?

Ich möchte in meinem Beitrag weder über moralische Aufrüstung noch über politische Strategien sprechen, sondern möchte an die Wurzel von Solidarität und im Sinne einer radikalen Subsidiaritätsperspektive von unten her denken. Ich stelle die Frage nach der Alltagssolidarität und der Bereitschaft von Menschen heute, sich zu engagieren. Und ich schließe daran die Frage an, was das vorhandene Potential an Alltagssolidarität daran hindert, sich produktiv entfalten zu können und wie es nachhaltig gefördert werden könnte.

- 1) Das freiwillige Engagement geht nicht zurück, sondern unterliegt einem charakteristischen Wandel: Weg von dem klassischen Ehrenamt, das seinen „Nachschub“ aus traditionsreichen sozialen und weltanschaulichen Milieus bezogen hat, hin zu einem Engagement, das sich aus Motiven einer selbstbestimmten Lebensführung speist.
- 2) Die „Anlagesphären“ für das vorhandene soziale Kapital verändern sich als Konsequenz dieses Motivwandels. Weil sich Menschen mit ihrem Engagement nicht mehr selbstverständlich in den vorhandenen Strukturen von Politik und Organisationen verorten wollen, bedarf es neuer Handlungsangebote. Da diese noch nicht existieren, gibt es ein „frei flottierendes Potential an Gemein Sinn“, ein „brachliegendes Potential“ oder -

noch dramatischer in der Formulierung - eine „riesige ‘schlafende Resource’“³.

- 3) Die Idee einer entwickelten Zivilgesellschaft braucht eine bürgernahe „Erdung“ und Realisierung. Sie lebt aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement kann am ehesten im kommunalen Raum praktiziert werden und deshalb müssen entsprechende Förderstrukturen in den Gemeinden entwickelt werden.

Wenn man sich die immer beschriebene und empirisch gut gesicherte Diskrepanz zwischen der Erosion von Engagementbereitschaft bei traditionellen Institutionen und dem wachsenden Engagement in anderen Feldern freiwilliger Tätigkeit vergegenwärtigt, dann steht die Frage nach der stimmigen Passung zwischen Engagementmotiven und –potentialen einerseits und gesellschaftlichen „Gelegenheitsstrukturen“ andererseits zur Diskussion. Klassische Milieus schufen kollektive Identifikationen und bündelten Motivlagen, auf die sich Kirchen, Parteien, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände einigermaßen verlassen konnten. Die Passung zwischen ihren Aktivitäten und den Motivlagen der Individuen schien gesichert zu sein. Eine eigenständige und unabhängige Mittlerrolle zwischen individuellen Motiven und institutionellen Gelegenheitsstrukturen war in aller Regel nicht erforderlich. In den verschiedenen Milieus wurde durch sozialisatorische Leistungen diese Passung gefertigt. Mit dem zunehmenden Abschmelzen oder der Erosion traditioneller Milieus geraten gerade diejenigen institutionellen Handlungsfelder in Not, die ohne große eigenen Initiativen aus diesen Milieus personellen Nachschub erhielten. Auf die bewährten Rekrutierungsmechanismen scheint man sich nicht mehr problemlos verlassen zu können. Diese Erfahrung wird oft mit einer allgemeinen Klage über die „Ego-Gesellschaft“, den Verlust von gemeinwohlorientierten Werten oder den Zerfall von elementaren Formen der Vergemeinschaftung beantwortet. Statt einer Verfallsdiagnose ist aber eine Wandlungsdiagnose erforderlich. Verfalls- oder Zerfallsdiagnosen haben in Phasen gesellschaftlichen Umbruchs immer

³ Diese einprägsamen Formulierungen stammen von Helmut Klages, die in unterschiedlichen Publikationen von ihm immer auftauchen (vgl. etwa Klages, Helmut & Gensicke, Thomas (1999)).

Hochkonjunktur und das ist nicht erstaunlich, denn das ist ja ein Wesensmerkmal jeder dynamischen Entwicklung, dass etwas aufbricht, bislang selbstverständliche Muster nicht mehr tragen und neu gestaltet werden müssen.

Der Freiwilligensurvey von 1999 hat gezeigt, dass zu dem bereits hohen Niveau von etwa einem Drittel der Bevölkerung (34%), die sich engagieren, ein weiteres knappes Drittel (26%) hinzukommt, das am Engagement interessiert sind. Der gerade durchgeführte zweite Freiwilligensurvey zeigt, dass sich die Zahlen nach fünf Jahre noch erhöht haben (36% engagiert und 32% am Engagement interessiert). In diesem Zusammenhang hatte Helmut Klages von einem „brachliegenden Potential“ oder - noch dramatischer in der Formulierung - von einer „riesigen ‘schlafenden Ressource‘“ gesprochen und diese Ressource ist offensichtlich weiter gewachsen. Man könnte vom „Dornröschen“-Phänomen der Bürgergesellschaft sprechen. Wie könnten diese „schlafenden Ressourcen“ aufgeweckt werden? Ich beobachte bei dem Bericht solcher Zahlen eine gewisse Ratlosigkeit, die sich in solchen Fragen artikuliert: Wo sind denn diese potentiell Engagierten und wie kann man sie denn erreichen und zu konkreten Projekten ermuntern? Als eine Antwort auf diese Frage sind die Freiwilligen-Agenturen entstanden, aber sie haben das Dornröschen noch nicht aus dem Tiefschlaf geholt. Vielleicht sind diese Zahlen zu oft gebetsmühlenartig wiederholt worden, ohne dass konkrete Handlungsmöglichkeiten erkennbar gewesen wären. Das schafft einen Vorrat resignativen Wissens.

ZUKUNFTSFÄHIGE WOHLFAHRTSSTAATLICHE PRIORITÄTEN

Wenn meine Analysen einigermaßen stimmig sind, dann folgen für mich daraus Prioritäten wohlfahrtstaatlichen Handelns:

1. Soziale Arbeit braucht eine klare Menschenbildgrundlage und auf dieser Basis eine Sinnperspektive. *Die Ängste und Ohnmachtsgefühle der Subjekte müssen ernst genommen werden und müssen Orte geschaffen werden, an denen das „Handwerk der Freiheit“ erlernt werden kann.* Die Moderne hat eine Haltung entstehen lassen, die es zu verteidigen gilt: "Jeder habe das Recht, seine eigene Lebensweise zu gestalten und sich dabei auf sein eigenes Gefühl für das wirklich Wichtige oder Wertvolle zu stützen" (Taylor 1995, S. 20). Hier wäre der Anschluss zu Amartya Sens Konzept von den „Verwirklichungschancen“ (capability) zu sehen, das wiederum im Zentrum der Empowermentperspektive steht.
2. *Individuelle Verwirklichungschancen und Empowerment brauchen als Basis ermöglichende gesellschaftliche Strukturen.* In der Ottawa-Charta

der Weltgesundheitsorganisation sind diese exemplarisch formuliert worden: Gesundheit heißt es dort wird gefördert dadurch, „dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgerinnen und Bürgern dies ermöglichen“ (Ottawa Charta 1986). Diese Formulierung transportiert eine zivilgesellschaftliche Perspektive und eröffnet den Blick über die Fürsorglichkeit hinaus zur Frage, wie man den „aufrechten Gang“ von Menschen fördern kann.

3. *Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat die Spaltung in unserer Gesellschaft vertieft und sozialpolitische Leitideen wie Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität sind gefährdet.* Die Zahl der Menschen, die sich nicht mehr in den gesellschaftlichen Kern integriert erlebt, wächst ständig. Hier bedarf es einer klaren anwaltlichen Positionierung, die verbindende und verbindliche Werte formuliert, die für alle Menschen zu gelten haben. Dazu gehört auch eine regelmäßige öffentliche Bilanzierung der Menschenrechtsverletzungen, die durch die Zerstörung von Würde und Respekt im Zuge scheinbar naturnotwendiger Wirtschaftsprozesse zugefügt werden. Das neueste Buch von Zygmunt Bauman (2005) mit dem Titel „Verworfenes Leben“ zeigt auf, was aus Menschen wird, die die Erfahrung der „Exklusion“ machen. Sie brauchen keine „fürsorgliche Belagerung“ oder klassische Armenfürsorge, die das schlimmste auffängt, sondern sie brauchen die advokatorische Artikulation ihrer Situation im öffentlichen Raum und vor allem brauchen sie die Ermutigung zum aufrechten Gang durch das Netzwerk, das wir Kirche nennen. Dieses Empowerment wäre eine vordringliche Aufgabe sozialer Arbeit.
4. *Für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Potentiale ist ein commitment gefordert.* Um sich selbst in die Förderung und Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen zu engagieren, sollen sich Wohlfahrtsverbände nicht nur als Marktteilnehmer bei dem Angebot hochpreisiger professionalisierter Dienstleistungsangebote profilieren, sondern auch bei dem Aufbau von Gelegenheitsstrukturen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Selbsthilfeinitiativen, Mütter- und Familienzentren, Nachbarschaftshilfen oder Freiwilligenagenturen stellen neuartige Hybridstrukturen von professionellen und freiwilligen Handlungsfeldern dar. In der Verknüpfung dieser beiden Strukturformen liegt die Zukunft der Wohlfahrtsproduktion. Die heutigen Profile der Wohlfahrtsverbände sind historisch aus einem solchen Strukturmix entstanden und sie müssen

ihn auf dem heutigen Niveau neu „erfinden“, nennen wir es eine innovative Form von „Public-Private-Partnership“.

5. *Freiwilliges Engagement hat einen Strukturwandel vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement hinter sich, in dessen Gefolge engagierte Menschen die Erwartung haben, dass sie mitgestalten und ihre eigenen Vorstellungen dabei einbringen wollen.* Ihre Motive zum Engagement verbinden auf die eigene Persönlichkeitsentfaltung bezogene Wünsche mit solchen, die sich auch die Gestaltung ihrer Lebenswelt beziehen. Sie wollen „Subjekt des eigenen Handelns“ sein und lassen sich nicht von traditionellen Organisationsinteressen instrumentalisieren. Alle Institutionen, die diesem Erwartungsprofil nicht entsprechen verzeichnen Engagementsbrüche und überall dort, wo sich Menschen in ihrem freiwilligen Handeln ernst genommen und anerkannt fühlen, nimmt das Engagementpotential zu.

ZUSAMMENFASSENDE THESEN UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. In dem aktuellen gesellschaftlichen Strukturwandel erfahren die Lebensmuster der Menschen einen tief greifenden Formenwandel und damit auch die Vorstellungen von Solidarität. Das Verschwinden von traditionellen Lebens- und Engagementformen ist aber nicht identisch mit der Erosion oder der Zerstörung von Alltagssolidarität. Im Gegenteil: Es entstehen neue und lebendige Formen wechselseitiger Unterstützung und sie entstehen aus einem gewandelten individuellen Selbstverständnis und Motivationsgeflecht der Menschen: Vernünftige Selbstsorge und der Wunsch nach einem erfüllten Leben gehören – neben traditionellen Motivlagen, die unverändert auch in alltags-solidarische Handlungen eingehen – zu den Quellen, aus denen Solidarität entsteht. Selbstentfaltungsbezogene Wertvorstellungen und Motive dürfen keinesfalls als „egoistisch“ moralisch verworfen werden.
2. Unser Sozialsystem bietet soziale Sicherheit und Solidarität um den Preis einer passiven Empfängerhaltung. In Zeiten ökonomischer Prosperität konnte der Staat ein System „fürsorglicher Belagerung“ garantieren, das seinerseits Unmündigkeit und Dienstleistungsmentalitäten gefördert hat. In Zeiten schwacher öffentlicher Finanzen entsteht – bei unverändertem Grundriss der Sozialpolitik – bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl, vom einst fürsorglichen „Vater Staat“ nicht mehr geschützt zu werden.

3. Es käme jetzt darauf an, das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zum Staat neu auszutarieren. BürgerInnen wollen und sollen „Subjekte des eigenen Handelns“ sein, aber sie brauchen dazu Rahmenbedingungen, die sie in die Lage versetzen, ihre Lebensprojekte in die eigene Hand zu nehmen. Eine „befähigender“ oder „ermöglichender Staat“ ist kein neoliberal sich verabschiedender Staat, sondern einer, der für *alle* Bürger die Bedingungen für Selbstverantwortung schafft (Politik des Empowerment könnte man das nennen).
4. Wir brauchen ein radikales Subsidiaritätsprinzip, das den Sozialstaat nicht korporatistisch, sondern von den Subjekten her denkt. Leitprinzip müsste die alltägliche Herstellung von Projekten „gutem Leben“ und der wechselseitigen Hilfsbereitschaft sein. Das empirisch nachgewiesene hohe bürgerschaftliche Engagement und das ebenfalls erkundete Potential für Engagementbereitschaft zeigen, dass ein hohes „soziales Kapital“ in Deutschland existiert, das in seiner Entfaltung nachhaltig gefördert werden muss. Viele staatliche Strukturen wirken augenblicklich noch als „Blockierungen“.
5. Im Unterschied zu neoliberalen Verheißungen schier grenzenloser neuer Chancen, beschreiben die seriösen Gegenwartsdeutungen einen ambivalenten Prozess, der längst nicht alle gesellschaftlichen Gruppen positiv einbezieht (Inklusion) und eher die Gefahr des gesellschaftlichen Ausschlusses erhöht (Exklusion). Das nennt man Tribalismus - Stammesdenken und -handeln. Menschen, die den neuen Anforderungen an Hyperflexibilität, Mobilität und allseitiger Fitness nicht genügen können, sind von Exklusionsprozessen besonders betroffen. Gesellschaftliche Solidarität muss allen Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln. Am ehesten sehe ich dies in Modellen der Grundsicherung gewährleistet.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. Professionalität in der sozialen Arbeit erweist sich nicht in einem Allzuständigkeitsanspruch in der Lösung und Bewältigung von sozialen Problemlagen, der oft bei BürgerInnen zu der Erfahrung der „Enteignung“ von ihren Lösungskompetenzen führt. Professionelles Handeln soll Menschen vielmehr im Sinne des Empowermentprinzips zu Eigenständigkeit und Selbstsorgekompetenz ermutigen. Also statt Enteignung

- Stärkung des Vertrauens in die Selbstsorgekompetenzen von BürgerInnen.
2. Professionelles Handeln orientiert sich an dem Leitbild der Gesundheitsförderung der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation und in ihm drückt sich ein entscheidendes salutogenetisches Prinzip aus: Die Stärkung von alltäglicher Lebenssouveränität durch Befähigung zur Selbstsorge und durch eine Sozial- und Gesellschaftspolitik, die die strukturellen Bedingungen für gelingende Selbstsorge schafft.
 3. Bürgerschaftliches Engagement steht – im Sinne des Selbstsorgegedankens - für die Bereitschaft und den Anspruch von BürgerInnen, „Subjekt des eigenen Handelns“ zu sein oder zu werden. Das Potential bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland ist hoch, aber es bedarf einer nachhaltigen Unterstützung durch soziale Organisationen und Professionen.
 4. Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben sozialer Arbeit und ihrer institutionellen Handlungsmuster, bürgerschaftliches Engagement und eine innovative Freiwilligenkultur zu fördern. Hierzu zählen
 - (a) Schaffung partizipativ geöffneter Institutionen;
 - (b) Freiwilligen-Management;
 - (c) Fort- und Weiterbildung von Freiwilligen;
 - (d) Entwicklung einer stimulierenden „Anerkennungskultur“ für engagierte BürgerInnen.
 5. Professionelles soziales Handeln sollte schwerpunktmäßig soziales Kapital bei jenen Bevölkerungsgruppen fördern, die sich als marginalisiert erleben und deren materielle, soziale und psychische Ressourcen nicht ausreichen, um aus eigener Kraft ihr Leben in Selbstsorge zu bewältigen.
 6. Bei der finanziellen Förderung von sozialen Organisationen sollte deren Bereitschaft und Erfolg bei der Gewinnung und Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement zu einem Qualitätskriterium werden.

LITERATUR

- Bauman, Z. (2003). *Flüchtige Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp (Orig.: *Liquid modernity*. Cambridge: Polity Press 2000).
- Bauman, Z. (2005). *Verworfenes Leben*. Hamburg: Hamburger Edition (orig. *Modernity and its outcasts*. Cambridge: Polity Press 2004).
- Brunkhorst, H. (1998). *Demokratischer Experimentalismus*. Politik in der komplexen Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Castells, M. (1991). *Informatisierte Stadt und soziale Bewegungen*. In: M.Wentz (Hrsg.): *Die Zukunft des Städtischen*. Frankfurt: Campus, S. 137 - 147.

- Castells, M. (1996). The rise of the network society. Vol. I von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell (deutsch: (2001). Die Netzwerkgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich).
- Castells, M. (1997). The power of identity. Vol. II von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell (deutsch 2001).
- Dettling, W. (1995). Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Ehrenberg, A. (2004). Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt: Campus.
- Frankenberg, G. (1994). Solidarität in einer "Gesellschaft der Individuen"? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaats. In: G.Frankenberg (Hrsg.), Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft (S. 210 - 223). Frankfurt: Fischer.
- Frankenberg, G. (1997). Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Giddens, A. (1997). Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp.
- Graf, F.W. (1992). Einleitung - Protestantische Freiheit. In: F.W.Graf & K.Tanner (Eds.): Protestantische Identität heute. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, S. 13 - 23.
- Habermas, J. (1998). Die postnationale Konstellation. Frankfurt: Suhrkamp.
- Heinze, Rolf & Keupp, Heiner (1997). Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die "Kommission für Zukunftsfragen" der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bochum/München.
- Helbrecht-Jordan, I. (1996). Familien zwischen Erosion und neuer sozialer Infrastruktur. Bielefeld: Kleine.
- Keupp, H., Ahbe, T., Gmür, W. et al. (2006³). Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Hamburg: Rowohlt.
- Klages, Helmut: Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: U.Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp 2000, S. 151 - 170.
- Klages, H. & Gensicke, T. (1999). Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyrer Forschungsberichte Nr. 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.
- Rappaport, Julian: In praise of paradox: A social policy of empowerment over prevention. In: American Journal of Community Psychology, 9, 1981, S. 337 - 356.